



Citidax Indikation
15.522

Einschätzungen		
Unternehmen	Broker	Empfehlung
Fraport	JP Morgan	Erhöhung Kursziel von € 54 auf € 57, Einstufung <i>neutral</i>
Gea Group	Credit Suisse	Erhöhung Kursziel von € 29 auf € 36, Einstufung <i>neutral</i>
LEG Immobilien	Commerzbank	Hochstufung von <i>hold</i> auf <i>buy</i> , Erhöhung Kursziel von € 132 auf € 141
Siemens Healthineers	Commerzbank	Erhöhung Kursziel von € 54 auf € 55, Einstufung <i>buy</i>

Marktmeldungen

Der **Dax-Future** startete heute Morgen 87 Zähler fester bei 15.488 Punkten (Reuters).

Das **Robert-Koch-Institut** (RKI) meldet 4209 **Neuinfektionen**. Das sind mehr als 1900 Fälle weniger als am Dienstag vor einer Woche. Die **Sieben-Tage-Inzidenz** sinkt weiter auf 79 von 83,1 am Vortag. In Zusammenhang mit dem Virus starben weitere 221 weitere Menschen. Damit steigt die **Zahl der Todesfälle** in Deutschland auf insgesamt 86.381 und die der Infektionen auf über 3,6 Millionen (Reuters).

Beim **Bundesverfassungsgericht** in Karlsruhe steht heute abermals eine Entscheidung über ein zentrales Kriseninstrument der Europäischen Zentralbank an. Dabei geht es um das 2015 aufgelegte billionenschwere **Staatsanleihen-Kaufprogramm** der Währungshüter, das den Namen "**PSPP**" trägt. Dieses wird von Kritikern wie dem Rechtsanwalt Peter Gauweiler (CSU) und dem AfD-Gründer Bernd Lucke seit Jahren angefochten. Das Gericht nimmt am Vormittag dazu Stellung, ob ihr maßgebliches Urteil zu den Käufen vom vergangenen Jahr umgesetzt wurde. (AZ: 2 BvR 1651/15 und 2 BvR 2006/15) Diese Prüfung wollten die Kläger mit ihren Anträgen durchsetzen (Reuters).

Fed-Gouverneur Richard Clarida hält die höhere **Inflation** für vorübergehend, will diese aber genau im Auge behalten. Die US-Wirtschaft habe noch nicht die Benchmark von "substanziellen weiteren Fortschritten" erreicht, der für die US-Notenbank erforderlich sei, um mit der Reduzierung der Anleihekäufe zu beginnen, erklärte der stellvertretende Präsident der Fed (bloomberg).

US Nachbörse

Fisker haben am Montag nachbörslich nach Vorlage der Quartalszahlen auf Nasdaq.com um 2,5 Prozent nachgegeben. Im regulären Handel zuvor war der Kurs noch um fast 7 Prozent gestiegen. Der Elektroautobauer, der Ende 2022 sein erstes Modell produzieren will, hatte den Quartalsverlust ausgeweitet.

Toughbuilt Industries machten einen Satz um über 15 Prozent, nachdem der Werkzeughersteller mit der Umsatzentwicklung im Berichtsquartal überzeugen konnte.

Aon (+1,8%) profitierten von der Mitteilung der Holdinggesellschaft Berkshire Hathaway der Investorenlegende Warren Buffett, mit über 900 Millionen Dollar bei dem Versicherungsmakler eingestiegen zu sein.

Wells Fargo gaben derweil um ein halbes Prozent nach, weil Berkshire Hathaway hier im Laufe des ersten Quartals einer Pflichtmitteilung zufolge den Anteil weiter reduziert hat und damit fast komplett ausgestiegen ist.

Merck und **Chevron** reagierten unterdessen kaum kursmäßig darauf, dass die Berkshire-Beteiligungen hier jeweils deutlich reduziert wurden.

Wenig tat sich bei **Twilio** (+0,3%), nachdem das auf Cloud-Kommunikation spezialisierte Unternehmen den Kauf der Plattform Zipwhip für 850 Millionen Dollar angekündigt hatte. Zipwhip betreibt einen Geschäfts-Kurznachrichtendienst (bloomberg).

Automobiles & Parts

Bosch-Chef Volkmar Denner geht davon aus, dass sich die **Halbleiterknappheit** bis ins kommende Jahr fortsetzt. "Es stehen uns noch schwierige Monate bevor, und der Zustand könnte bis 2022 angespannt bleiben", sagte Denner im Gespräch mit der "*Frankfurt Allgemeinen Zeitung*". Er deutete zudem weitere Investitionen am Halbleiter-Standort in Reutlingen an.



Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet hat sich gegen ein staatlich festgesetztes **Enddatum für den Verbrennungsmotor** ausgesprochen. "Ich finde nicht, dass wir als Politik ein Ausstiegsdatum festlegen sollten", sagte der CDU-Chef dem Sender *ProSieben*. "Lassen Sie technologische Entwicklungen zu", fügte Laschet hinzu. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident positionierte sich damit anders als **CSU-Chef** Markus Söder. Dieser hat das Jahr 2035 als Enddatum für den Verbrennungsmotor ins Spiel gebracht. Die **Grünen** wollen ab 2030 keine Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb mehr neu zulassen (Reuters).

Banks

Nach dem Kollaps des US-Hedgefonds Archegos Capital verliert die **Credit Suisse** offenbar zahlreiche Topmanager. Mindestens zehn leitende Angestellte des US-Investmentbankings der Schweizer Bank haben intern den Weggang erklärt, wie mit der Materie vertraute Personen sagten. Die meisten von ihnen wollten zu anderen Banken wechseln. In den kommenden Wochen dürften noch weitere Manager der Credit Suisse Group AG ihren Weggang öffentlich machen, so die Informanten (bloomberg).

Financial Services

Nach der Kehrtwende von Tesla-Chef Elon Musk beim Thema **Bitcoin** als Zahlungsmittel werden Forderungen nach einer **Regulierung der Digitalwährung** wegen des hohen **Energiebedarfs** lauter. Der Sprecher der Europagruppe der Grünen und Abgeordneter im Europaparlament, Sven Giegold, fordert, den **Ressourcenverbrauch von Kryptowährungen** wie dem Bitcoin gesetzlich zu deckeln. "Solange Kryptowährungen kleine Sandkastenspiele waren, brauchte es keine Regulierung, man muss innovativen Technologien Raum zur Entfaltung geben. Aber wenn etwas in einer Größenordnung ökologisch schädlich wird, wie es das Schürfen von Kryptowährungen wie dem Bitcoin geworden ist, dann muss man eingreifen", sagte Giegold den Zeitungen der *Funke Mediengruppe*.

Health Care

Der Schweizer **Roche**-Konzern hat von der US-Arzneimittelbehörde FDA die Zulassung für einen Covid-19-Test erhalten. Der Test könne bei Personen ohne Symptome der Krankheit eingesetzt und auf dem automatisierten Cobas-System des Basler Unternehmens ausgewertet werden. Studien zufolge seien Personen, die keine Symptome zeigten, für mehr als die Hälfte aller Infektionsfälle verantwortlich. Der Test sei auch in Europa verfügbar (Reuters).

Novartis hat vor dem **Obersten US-Gerichtshof** eine Niederlage erlitten und wird so schnell keine generische Version des Amgen-Blockbusters Enbrel auf den amerikanischen Markt bringen. Die Richter wiesen die Berufung der Novartis-Tochter Sandoz gegen eine Entscheidung der Vorinstanz zurück, die die Gültigkeit der Patente von Amgen bestätigt hatte (bloomberg).

Insurance

Der italienische Versicherungskonzern **Generali** hat im ersten Quartal unter anderem dank des robusten Lebensversicherungsgeschäftes besser abgeschnitten als erwartet. Der Betriebsgewinn stieg um elf Prozent auf 1,6 Milliarden Euro; Analysten hatten 1,48 Milliarden erwartet. Der Vorstand bestätigte seine Jahresziele, die ein Gewinnplus je Aktie von sechs bis acht Prozent vorsehen (Reuters).

Media

Facebook verbreitet in Deutschland mehr **Nachrichteninhalte**. Bei Facebook News könnten Nutzer ab sofort Informationen von Dutzenden Verlagen abrufen, teilte das weltgrößte Internetnetzwerk am Dienstag mit, das den Start bereits im März angekündigt hatte. Als Partner gewann Facebook unter anderem "Die Zeit", "Der Spiegel", die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "taz", "Süddeutsche Zeitung", Lokalzeitungen wie "Münchner Merkur" oder "Hamburger Morgenpost" und auf Einzelthemen fokussierte Medien wie Heise und "Wirtschaftswoche". Ganz zuletzt kam auch Axel Springer mit "Bild" und "Welt" an Bord (Reuters).

Others

Der Wohnimmobilienkonzern **Grand City Properties** profitiert weiterhin von einer starken Nachfrage nach Wohnungen. Allerdings gingen die Mieterlöse im ersten Quartal 2021 aufgrund von Immobilienverkäufen etwas zurück. Dies drückte auch auf die Ergebnisse. Die Ziele für das Gesamtjahr bestätigte das Unternehmen in Luxemburg. Im ersten Quartal 2021 verharrte das operative Ergebnis (FFO 1) mit 46,8 Millionen Euro auf dem



Niveau des Vorjahres. Die Nettomieteinnahmen fielen hingegen wegen des Verkaufs von Immobilien im Jahresvergleich um 4,2 Prozent auf 90,6 Millionen Euro. Um diesen Effekt bereinigt legten die Mieteinnahmen auf vergleichbarer Fläche um 1,8 Prozent zu. Der Großteil des Plus stammt aus Mietsteigerungen, der Rest aus der Reduzierung von Leerständen (dpa/AFX).

Der österreichische Karton- und Faltschachtelhersteller **Mayr-Melnhof** ist trotz gefüllter Auftragsbücher mit leichten Einbußen bei Umsatz und Gewinn in das neue Jahr gestartet. Bei einer guten Nachfrage und Auslastung drückten stark gestiegene Preise für Altpapier, aber auch für Energie, Zellstoff, Chemikalien und Logistik auf das Ergebnis, teilte der Konzern mit. Die Erlöse blieben mit 641,3 (646,6) Millionen Euro leicht unter dem Vorjahresniveau. Unter dem Strich schrumpfte der Gewinn um 2,8 Prozent auf 43,9 Millionen Euro. Aufgrund der Kostensteigerungen seien Preiserhöhung in Umsetzung, hieß es. Da die Weitergabe der Kosten an die Kunden überwiegend erst ab der Jahresmitte erfolge, sei im zweiten Quartal mit einem Ergebnissrückgang zu rechnen, erklärte der Konzern. Aufgrund von Produktionsverlagerungen auf andere Standorte werden zudem Einmaleffekte von 25 bis 30 Millionen Euro anfallen. In der zweiten Jahreshälfte hofft der Konzern an das Ertragsniveau des ersten Quartals anzuschließen (Reuters).

Technology

Der Leiterplattenhersteller **AT&S** hat der Corona-Krise getrotzt und im abgelaufenen Geschäftsjahr 2020/21 bei Umsatz und Gewinn kräftig zugelegt. Vor allem die Nachfrage nach sogenannten ABF-Substraten sei weiterhin ungebrochen stark, teilte der Apple-Zulieferer mit. Bei einem Umsatzplus von 19 Prozent auf 1,19 Milliarden Euro stieg das operative Ergebnis (Ebitda) auf 245,7 Millionen Euro nach 194,5 Millionen Euro im Jahr davor. "Damit haben wir erneut unser resilientes Geschäftsmodell unter Beweis gestellt und bewiesen, dass wir uns auch in unsicheren Zeiten stetig weiterentwickeln", sagte Konzernchef Andreas Gerstenmayer. Im laufenden Jahr will sich AT&S auf den Produktionsanlauf neuer Kapazitäten im chinesischen Werk in Chongqing konzentrieren. Dadurch sei mit Sondereffekten von rund 40 Millionen Euro zu rechnen, hieß es. Für das Gesamtjahr rechnet der Konzern mit einem Umsatzwachstum von 13 bis 15 Prozent. Für die Ebitda-Marge werde ein Anstieg auf 21 bis 23 Prozent erwartet, nach 20,7 Prozent im abgelaufenen Jahr (Reuters).

Telecommunications

Ungünstige Wechselkurse und die weiterhin fehlenden Einnahmen aus dem Geschäft mit Reisenden haben dem britischen Telekomkonzern **Vodafone** leicht zugesetzt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2020/2021 erlöste er mit 43,8 Milliarden britischen Pfund (50,8 Mrd Euro) rund 2,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor, wie der Deutsche Telekom-Konkurrent in London mitteilte. Vor allem in Mittel- und Osteuropa seien die Roaming-Einnahmen ausgeblieben, weil nach wie vor deutlich weniger Menschen reisen. Zudem konnte Vodafone weniger Mobiltelefone verkaufen. Auch das bereinigte operative Ergebnis vor Steuern, Zinsen und Abschreibung (Ebitda) ging leicht um 1,2 Prozent auf fast 14,4 Milliarden Pfund zurück. Analysten hatten mit Ergebnissen in dieser Größenordnung gerechnet. Unter dem Strich verdiente der Konzern allerdings 536 Millionen Pfund nach einem Verlust von 455 Millionen ein Jahr zuvor. Dabei halfen auch deutlich geringere Finanzierungskosten (dpa/AFX).



Kontakte Steubing AG

Morning News:

Alexander Dietzer
+49 (0) 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung:

Holger Gerwalt Michael Heidn
+49 (0) 69 29716 176 +49 (0) 69 29716 131
Wolfgang Schroth
+49 (0) 69 29716 144

Advisory and Structured Products:

Adrian Peter Hurler
+49 (0) 69 29716 158
adrian.hurler@steubing.com

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
Tel.: +49 (0) 69 29716 0
Fax: +49 (0) 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Haftungsausschluss:

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

©Steubing AG/Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
53117 Bonn
Deutschland

und

Marie-Curie-Str. 24-28
60439 Frankfurt
Deutschland